
Christoph Butterwegge

Kinderarmut, Familienpolitik und Generationengerechtigkeit



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951 in Albersloh/Westfalen, Studium der Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaft in Bochum, vertrat von 1994 bis 1997 eine Professur für Sozialpolitik an der Fachhochschule Potsdam, leitet seit 1998 die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.

Mehr Kinder und Jugendliche als noch vor wenigen Jahren wachsen hierzulande in materieller Not oder in unbefriedigenden Wohn- bzw. Lebensverhältnissen auf. Wie der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung offiziell ausweist, bezogen Ende 1998 ca. 1,1 Mio. Kinder unter 18 Jahren (d. h. 6,8 Prozent dieser Altersgruppe) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. „Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozialhilfequote der Kinder überdurchschnittlich hoch ist, dass sie umso höher ist, je jünger die Kinder sind, und dass sie im Zeitverlauf zugenommen hat.“¹ Nun existiert beim Sozialhilfebezug eine Dunkelziffer, die dafür spricht, andere Maßstäbe für Armut und Unterversorgung anzulegen. Tut man dies, sind sogar 2 bis 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche arm. Ungefähr jedes sechste Kind bleibt nicht von relativer (Einkommens-)Armut verschont, was zu psychosozialen Belastungen führen kann, den Ausschluss junger Menschen aus soziokulturellen Lebenszusammenhängen nach sich zieht und die Chancengleichheit in der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt.²

Ursachenanalyse: Globalisierung, soziale Polarisierung und „Dualisierung“ der Armut

Während der 1980er-Jahre vollzog sich eine Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, die hauptsächlich im Gewerkschaftsbereich registriert und als „neue Armut“ etikettiert wurde.³ Klaus Lompe wies schon damals auf die Tendenz zu einer „Verjüngung“ der

1 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn, April 2001, S. 78.

2 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u.a., Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Wiesbaden 2004.

3 Siehe Werner Balsen u.a., Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984.

Betroffenen hin: „War die Population der alten Armut in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie arbeitsunfähig, krank und/oder alt war, so ist die der *neuen* Armut heute vor allem arbeitsfähig, arbeitslos und zum großen Teil jung.“⁴ Man müsse nur die vorhandenen Statistiken auswerten, meinte der Armutsforscher, um deutlich erkennen zu können, „dass immer mehr Kinder in von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug betroffenen Familien aufwachsen.“⁵

Kinderreichtum bildet ein beinahe „klassisch“ zu nennendes, bis in die Antike zurückzuverfolgendes Armutsrisiko; Arbeitslosigkeit ist – besonders in den ostdeutschen Bundesländern – der wichtigste Auslöser von sozialem Abstieg und Verarmungsprozessen. Familien- bzw. Kinderarmut tritt häufig in Verbindung mit Langzeit- bzw. Dauerarbeitslosigkeit auf, ohne dass beide ineinander zerfließen.⁶ Während sich die Langzeitarbeitslosigkeit älterer und/oder gering qualifizierter Personen allmählich zur Dauerarbeitslosigkeit verfestigt und eine Schicht völlig Deklassierter, d.h. vom Arbeitsmarkt wie auch von der gesellschaftlichen Teilhabe Ausgeschlossener („underclass“) entsteht, nimmt die Zahl jener Personen/Haushalte, deren Einkommen *trotz* kontinuierlicher Lohnarbeit in Form eines oder mehrerer Arbeitsverhältnisse nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze liegt („working poor“), gleichfalls zu. Einerseits reicht das Armutsrisiko immer mehr bis in die Mittelschichten hinein, was sich in der Überschuldung von Existenzgründer(inne)n und Selbstständigen wie in den prekären Lebenslagen jener Menschen manifestiert, die keinen sicheren Arbeitsplatz haben, sondern z.B. durch dessen Verlust über Nacht unter die Armutsschwelle zu sinken drohen. Andererseits bestimmen soziale Perspektivlosigkeit, Not und totale Verelendung das Leben vieler Menschen, die nie einen Arbeitsplatz hatten oder seit langem erwerbslos sind.

Die wachsende Dramatik der Armut wird erst verständlich vor dem Hintergrund einer sich wohl noch verschärfenden Weltmarktdynamik. Von der unter dem Schlagwort „Globalisierung“ diskutierten Wirtschaftsentwicklung ausgehend, sind Armut, Unterversorgung und Ausgrenzung als Phänomene einer „sozialpolitischen Postmoderne“, die mittelalterliche Züge trägt, neu zu vermessen. Denn die forcierte Globalisierung führt keineswegs zur Verallgemeinerung (Generalisierung) des materiellen Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen neoliberaler Standortpolitik als „soziales Scheidewasser“, das die Bevölkerung der Bundesrepublik - wie die anderer Länder - in Gewinner und Verlierer/innen, diese wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarmer) sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, Überschuldete und Kurzzeitarmer) spaltet.

Obwohl es hierzulande weder die Armengettos am Rande der Großstädte wie in den USA noch das Phänomen der Straßenkinder nach südamerikanischem Muster gibt, machen sich die berufliche Perspektivlosigkeit und soziale Exklusion vieler Menschen schon im Kindesalter bemerkbar. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das neoliberale Projekt des „Umbaus“ der Gesellschaft und ihres Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die nicht mehr das Maß an Sicherheit haben wie die Nachkriegsgeneration: Von der gezielten Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“

4 Klaus Lompe, Einleitung, in: Klaus Lompe (Hrsg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg 1987, S. 2 (Hervorh. im Original).

5 Siehe Lompe, Einleitung, S. 4.

6 Vgl. Werner Schönig, Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl., Frankfurt a. M./New York 2000, S. 197 ff.

erzwungene Teilzeit- und Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Werkvertragstätigkeit und Scheinselbstständigkeit) durch die Arbeitgeberseite über den durch hohe Mobilitäts- und Flexibilitätserwartungen der globalisierten Wirtschaft beschleunigten Zerfall der „Normalfamilie“ bis zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der heute Erwerbstätigen wie der ihnen nachfolgenden Generationen.⁷

Wenn die „Dualisierung“, d. h. die Zweiteilung bzw. die Spaltung in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Sozialstruktur, den Wohlfahrtsstaat und die Armutsbevölkerung, den Haupteffekt der Globalisierung bildet, bleiben Familien, Kinder und Jugendliche davon nicht unberührt. Sie leiden sogar besonders stark unter der Polarisierung moderner Gesellschaften, weil ihnen der Unterschied im Hinblick auf Konsumchancen, das Tragen modischer Kleidung („Markenklamotten“) und teure Freizeitaktivitäten bewusster wird als Singles, die erheblich mehr Ausweich- und Kompensationsmöglichkeiten haben. Kinder sind empfindliche Seismografen für Entwicklungsprozesse, die den Markt als gesellschaftliche Regulierungsinstanz gegenüber dem Sozialstaat und der Familie stärken (Stichwort: „Globalisierung“ bzw. „neoliberale Modernisierung“).

Kinderarmut – Krisensymptom der Familie und/oder Armutszeugnis für den Sozialstaat?

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende (überwiegend Frauen) und kinderreiche Familien, deren Haushaltseinkommen zu gering ist, um den Unterhalt von Kindern zu bestreiten, was zu sozialer Benachteiligung in unterschiedlichen Bereichen (Wohnen, Bildung und Gesundheit) führt. „Aus der Perspektive der Eltern bzw. der Familiengemeinschaft vergrößern Kinder den Einkommensbedarf, ohne dass sichergestellt wäre, dass auch der Einkommenszufluss entsprechend steigt.“⁸ Für viele Familien erwachsen daraus schwere ökonomische, soziale und psychische Belastungen, ja sie geraten oft sogar in eine Zerreißprobe. Familien fungieren nämlich als „emotionaler Puffer“ zwischen dem Wirtschaftssystem, das die sozioökonomische Deprivation hervorruft, und den Kindern, die aufgrund solcher Restriktionen in ihrer kognitiven Entwicklung, schulischen Leistungsfähigkeit, psychischen Stabilität und physischen Konstitution gefährdet sind.⁹

Alleinerziehende und kinderreiche Familien tragen nicht nur ein größeres Risiko als Kinderlose, arm zu werden, sondern bleiben auch länger in einer Notlage.¹⁰ Zwischen den prekären Lebenslagen von Familien, den psychosozialen Folgen für die Kinder und Sozialisationsdefiziten besteht ein Kausal- bzw. Wechselverhältnis, das in einen „Teufelskreis der Armut“ führen und einen „intergenerationalen Schneeball-Effekt“ hervorrufen kann.¹¹

Nicht nur der „Normalarbeitnehmer“, welcher - als so genannter Standardrentner - nach 45 Berufsjahren den verdienten Ruhestand ohne große Verringerung seines bisherigen

7 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl., Opladen 2001, S. 53 ff.

8 Walter Hanesch u.a., Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 274.

9 Vgl. Sabine Walper, Wenn Kinder arm sind – Familienarmut und ihre Betroffenen, in: Lothar Böhnisch/Karl Lenz (Hrsg.), Familien. Eine interdisziplinäre Einführung, 2. Aufl., Weinheim/München 1999, S. 274.

10 Vgl. Hanesch u.a., Armut, S. 292.

11 Siehe Michael Klein, Familie und Armut, in: Ronald Lutz/Matthias Zeng (Hrsg.), Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen 1998, S. 113.

Lebensstandards genießt, dürfte demnächst eher zur Ausnahme von der Regel gehören, sondern auch jene „Normalfamilie“, die neben ihm und seiner (nicht berufstätigen) Ehefrau mindestens ein oder zwei Kinder umfasst. Zwar ist die bürgerliche Kernfamilie (noch) kein soziokulturelles Auslaufmodell, aber sie befindet sich - in erster Linie bei städtischen Mittelschichtangehörigen - auf dem Rückzug.¹² Alternative Lebensformen, wie etwa Singles, „unvollständige“, so genannte Ein-Elternteil- bzw. „Patchwork-Familien“ und homosexuelle Lebensgemeinschaften sind hingegen auf dem Vormarsch.¹³

Je mehr die Familie ihre Monopolstellung als Lebensform der großen Bevölkerungsmehrheit verliert, umso weniger erfüllt sie ihre Funktion als eine „Auffangstation und Basisinstitution sozialer Politik“, wie Ute Gerhard hervorhebt.¹⁴ Barbara Riedmüller weist überdies zu Recht darauf hin, „dass heute Kinderhaben ein höheres Armutsrisiko darstellt als noch vor zwanzig Jahren und dass dieses Risiko Ausdruck veränderter Familien- und Haushaltsformen ist.“¹⁵ Gleichwohl liegen hier nicht die Wurzeln der sozialen Probleme, und es hieße, Ursache und Wirkung zu verwechseln, wollte man der - ohnehin noch sehr beschränkten - Emanzipation von Frauen die Schuld am misslichen Schicksal armer und sozial benachteiligter Kinder geben. Kinderarmut ist aber keine Folge des Funktionsverlustes bzw. einer strukturell bedingten Überforderung der Familie, vielmehr Ausdruck einer Krise des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das neben gigantischem Reichtum massenhaft Arbeitslosigkeit, Armutserscheinungen der verschiedensten Art und soziale Kälte produziert, ohne dass der Staat bisher mit Erfolg gegensteuert. Kinderarmut stellt zumindest dann ein Armutszeugnis für die Sozialpolitik eines Landes dar, wenn es genügend Ressourcen besitzt, um allen Einwohner(inne)n befriedigende Lebensbedingungen garantieren zu können.

Geht es um die Bedeutung des Sozialstaates für die Familie, könnten die Einschätzungsunterschiede zwischen den Experten gar nicht größer sein. Neoliberale machen den ihres Erachtens überbordenden Wohlfahrtsstaat für alle erdenklichen gesellschaftlichen Missstände verantwortlich. Norbert Berthold etwa führt die „Krise der Familie“, den Geburtenrückgang und die wachsende Heiratsunwilligkeit von Frauen auf seinen Ausbau nach dem Zweiten Weltkrieg zurück.¹⁶ „Familienfundamentalismus“ nennt Thomas Ebert jene Ideologie, die den Sozialstaat einer „Transferausbeutung“ der Eltern bezichtigt und ihn zur Wiedergutmachung durch höhere (steuerliche) Entlastungen und/oder (Geld-)Leistungen für die Kindererziehung nötigt.¹⁷ Ebert kritisiert überzeugend, dass man den gesellschaftlich produzierten Reichtum auf die Fortpflanzung bzw. die Natur zurückführt, selbst das von erwachsenen Kindern erarbeitete Sozialprodukt noch als Privateigentum der Eltern begreift

12 Vgl. Klaus Peter Strohmeier, Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 17/1993, S. 21 f.

13 Vgl. dazu: Rüdiger Peuckert, *Familienformen im sozialen Wandel*, 3. Aufl., Opladen 1999; Elisabeth Beck-Gernsheim, *Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen*, 2. Aufl., München 2000; Rosemarie Nave-Herz, *Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung*, 2. Aufl., Darmstadt 2002.

14 Siehe Ute Gerhard, *Feministische Sozialpolitik in vergleichender Perspektive*, in: *Feministische Studien* 2/1996, S. 6.

15 Siehe Barbara Riedmüller, *Sozialpolitik und Armut. Ein Thema zwischen Ost und West*, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt/M. 1994, S. 80.

16 Vgl. Norbert Berthold, *Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung. Ökonomische Theorie des Sozialstaates*, in: Karl-Hans Hartwig (Hrsg.), *Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates*, Baden-Baden/Hamburg 1997, S. 33f.

17 Siehe Thomas Ebert, *Beutet der Sozialstaat die Familien aus? Darstellung und Kritik einer politisch einflussreichen Ideologie*, in: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 99.

und so ein partnerschaftliches Verständnis der Geschlechterrollen konterkariert. „Es fällt auf, dass in Deutschland die Auffassung an Bedeutung gewinnt, Kinder zu haben und aufzuziehen, sei primär eine Leistung für die Gesellschaft, für die diese auch zu bezahlen habe.“¹⁸ Dass der Begriff „Familienlastenausgleich“ während der 1990er-Jahre durch den Terminus „Familienleistungsausgleich“ ergänzt und zum Teil verdrängt wurde, dürfte darin begründet liegen, aber auch mit dazu beigetragen haben, dass die Aufzucht von Nachwuchs als durch den Staat zu prämiierende Leistung interpretiert wird.

Gleichzeitig wird irrtümlicherweise so getan, als ginge es allen Kinderlosen gut, während (alle) Eltern aufgrund ihrer zusätzlich geleisteten Familien- bzw. Erziehungsarbeit in Not gerieten. „Die soziale Kluft wächst in der Gesellschaft insgesamt; die Trennung zwischen Arm und Reich verläuft aber nicht entlang einer Linie der Lebensformen, armen, ausgebeuteten Familien auf der einen Seite und fröhlich ihre Einkommen verprassenden Kinderlosen auf der anderen.“¹⁹ Zwar gilt der (deutsche) Sozialstaat als „familienfeindlich“, dieser Vorwurf ist allerdings unberechtigt, wie Peter Bleses konstatiert: „Im Gegenteil existiert ein weit verzweigtes - leider unübersichtliches - Netz von familienbezogenen Leistungen und Diensten, die in vielen Bereichen soziale Sicherungen für Kinder und Eltern etabliert haben.“²⁰

„Generationengerechtigkeit“ und demografischer Wandel

Die deutsche Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik wird seit geraumer Zeit durch öffentliche bzw. Fachdebatten über drohende „Verschlechterungen“ im Altersaufbau der Gesellschaft und den sich daran anschließenden „Bevölkerungsschwund“ beeinflusst. Man dramatisiert den demografischen Wandel und bringt Kinderarmut mit einem Mangel an Generationengerechtigkeit in Verbindung. So wird das Problem der *Kinderarmut* missbraucht, um Armutsbetroffene gegeneinander auszuspielen. Denn die Existenz von (Erwachsenen-)Armut gilt längst als normal, Kinderarmut jedoch (noch) als Skandal. Kinder sind „würdige Arme“; arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger/innen, darunter auch viele allein erziehende Mütter, die auch dann, wenn ihre Sprösslinge das Babyalter hinter sich haben, keiner Erwerbsarbeit nachgehen, sondern zu Hause bleiben wollen, gelten dagegen als „unwürdige Arme“, die mittels materieller Anreize und/oder staatlicher Repressalien zur (gemeinnützigen) Arbeit motiviert werden müssen.

„Gierige Greise“ bzw. „unersättliche Senior(inn)en“ fungieren als mediale Feindbilder, kinderlose „Doppelverdiener“ und „hedonistische Singles“ bezichtigt man, die Probleme des Sozialstaates, insbesondere im Bereich der Alterssicherung, erzeugt und für die Reproduktion der Gesellschaft nicht hinreichend gesorgt zu haben. Schließlich prognostizieren Experten eine drastische Alterung der Gesamtgesellschaft und einen massiven Bevölkerungsrückgang. Da ist von einer „demographischen Zeitenwende“ (Herwig Birg) oder von einem „Altersbeben“ (Paul Wallace) die Rede, das Wirtschaft und Staat erschüttern werde. Horrorszenarios einer „Greisenrepublik Deutschland“ machen die Runde und setzen die Sozialpolitik enorm unter Druck, vielleicht mehr als der Globalisierungsdiskurs (über die

18 Karin Müller-Heine, Ziele und Begründungen von Familienpolitik, in: Arbeit und Sozialpolitik 9-10/1999, S. 60.

19 Claudia Pinl, Wieviele Ernährer braucht das Land? Familienpolitik als Wahlkampfschlager, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2001, S. 1126 f.

20 Peter Bleses, Wirklich familienfeindlich? Deutscher Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik, in: Kommune 7/2001, S. 41.

angebliche Gefährdung des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes bzw. seiner Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten).

Ein neues Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Kindermangels, der „Vergreisung“ und des „Generationenkrieges“. Politiker/innen, Wissenschaftler/innen und Publizist(inn)en sorgen sich um den Fortbestand des „deutschen Volkes“ und denken darüber nach, wie einer solchen Gefahr durch die Rückkehr zu einer - nach dem so genannten Dritten bzw. Großdeutschen Reich hierzulande diskreditierten - „aktiven Bevölkerungspolitik“ begegnet werden könne.²¹ Deutschland braucht aber nicht mehr Kinder, sondern eine andere, sozial gerechte Politik, die es sämtlichen Gesellschaftsmitgliedern ermöglicht, ohne Angst vor längerer Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung zu leben. Wer die „Vergreisung“ als Hauptproblem der Bundesrepublik betrachtet, wird wohl eher die Armut *an* Kindern als die Armut *von* Kindern bekämpfen.

Durch das Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ wird die soziale Spaltung unserer Gesellschaft biologisiert, auf ein Verhältnis zwischen unterschiedlichen Alterskohorten reduziert und gleichzeitig relativiert. Das verkrampfte Bemühen um mehr Generationengerechtigkeit, der noch nie so viel Beachtung zuteil wurde wie heute, überdeckt die in der ganzen Gesellschaft und in sämtlichen Altersgruppen dramatisch wachsende soziale Ungleichheit. „Man gewinnt vielfach den Eindruck, dass die Fokussierung der Diskussion auf die Verteilung zwischen Kohorten ablenken soll von Fragen der Verteilung innerhalb von Kohorten.“²² Die soziale Scheidewand verläuft aber nach wie vor keineswegs zwischen Jung und Alt, sondern immer noch, wenn nicht sogar mehr denn je, zwischen Arm und Reich.

Die zunehmende Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie geradezu dessen Kehrseite. Es gab gleichzeitig aber auch noch nie so viele Haushalte ohne materielle Nöte und noch nie so viele Kinder mit einem großen Vermögen in der Bundesrepublik wie heute. Um mehr Freibeträge und Steuervorteile zu erlangen, übertragen Eltern etwa Teile ihres Wertpapierbesitzes kurz nach der Geburt auf ihre Kinder, was durch die Erbschafts- bzw. Schenkungssteuerreform der liberal-konservativen Bundesregierung noch begünstigt wurde.

Alternativen der Familien- und Sozialpolitik: Kinderarmut bekämpfen, aber wie?

Verkommt die Demografie zur Ideologie und wird sie als Mittel sozialpolitischer Demagogie benutzt, bilden die sich verschlechternden Lebensbedingungen von Kindern nur noch eine argumentative Folie, um den Wohlfahrtsstaat in Misskredit zu bringen.²³ Wiewohl es auf den ersten Blick so scheinen mag, hängen Renten und Pensionen allerdings *nicht* von der Biologie, sondern von der Ökonomie und Politik ab. Entscheidend ist, wie viel Reichtum die Volkswirtschaft erzeugt und auf wen er verteilt wird. Bei einer stagnierenden bzw. sinken-

21 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Stirbt „das deutsche Volk“ aus? Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt, in: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 167 ff.

22 Winfried Schmähl, „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird, in: Kai Burmeister/Björn Böhning (Hrsg.), Generationen & Gerechtigkeit, Hamburg 2004, S. 51.

23 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Michael Klundt, Die Demografie als Ideologie und Mittel sozialpolitischer Demagogie? Bevölkerungsrückgang, „Vergreisung“ und Generationengerechtigkeit, in: Butterwegge/Klundt (Hrsg.), Kinderarmut, S. 59 ff.

den Bevölkerungszahl und einem auch künftig kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukt müsste eigentlich genug für alle da sein. Tatsächlich fehlen keine (deutschen) Babys, vielmehr Beitragszahler/innen, die man durch konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genauso gewinnen kann wie durch Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Erleichterung der Zuwanderung und/oder Erweiterung des Versichertenkreises. Statt darüber zu streiten, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur mittelfristig resultierende Schwierigkeiten solidarisch (z.B. durch die Verbreiterung der Basis des Rentensystems, also die Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten im Sinne einer Bürgerversicherung) zu bewältigen ist, instrumentalisiert man solche Probleme zur Durchsetzung von Leistungskürzungen.

Wenn man etwas für arme Kinder tun möchte, kann man (etwa durch Staffelung des Kindergeldes oder Schaffung einer sozialen Grundsicherung) auch zwischen reichen und weniger wohlhabenden Familien umverteilen; will man das Gebären als solches fördern, muss man zwischen Kinderlosen und Familien umverteilen, unabhängig davon, wie gut es Letzteren materiell geht. Kinderarmut sollte energischer als bisher bekämpft werden, ohne jedoch Elternschaft zu glorifizieren und zu honorieren. Statt allgemein Personen besser zu stellen, die Kinder haben, sind gezielt solche Kinder besser zu stellen, die keine gut situierten Eltern haben oder von ihnen vernachlässigt werden. Ihre materiellen, sozialen und kulturellen Entwicklungs- bzw. Entfaltungsmöglichkeiten müssen verbessert werden.

Die fast einhellig begrüßten Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Kindergeld, zur Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Rente, zur Besteuerung der Familien (genauer: von Ehepaaren mit Kindern) und zur Pflegeversicherung lassen weniger den Willen erkennen, *Kinderarmut* zu verringern, als die *Sorge, Kinderlosigkeit* könne die Reproduktionsbasis der deutschen Gesellschaft untergraben. Heftig umstritten ist, ob die *Armutsbekämpfung* bei der Familie als betroffener Institution, bei den Eltern (z.B. ihrer Arbeitsmarktintegration) oder bei den Kindern als Hauptleidtragenden ansetzen soll. Auch über die Maßnahmen der Familien- und Sozialpolitik, von denen man sich Abhilfe verspricht, besteht kein Konsens. Während liberal-konservative Kreise traditionellerweise auf Steuerfreibeträge setzen, die Besserverdienende stärker entlasten als Niedriglohnpfänger, favorisieren Bündnisgrüne und Sozialdemokraten eine Anhebung des (für alle Familien gleich hohen) Kindergeldes sowie einen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, wodurch (allein erziehende) Mütter in die Lage versetzt werden sollen, einer Vollzeitberufstätigkeit nachzugehen. Bei einer „Allianz für Familie – Balance für Familie und Arbeitswelt“, wie sie die zuständige Fachministerin Renate Schmidt gemeinsam mit Liz Mohn (Vorsitzende der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft) initiiert hat,²⁴ dürfen freilich nicht die Interessen der Unternehmen an einer Rekrutierung hoch qualifizierter und motivierter (weiblicher) Arbeitskräfte im Vordergrund stehen, müssen vielmehr die Bedürfnisse der Frauen und Kinder den Handlungsmaßstab bilden.

Die Familienpolitik der Bundesrepublik sollte wieder stärker von den sozial Benachteiligten und den direkt Betroffenen aus gedacht, folglich nicht im Namen eines anonymen Kollektivs gemacht werden, sei es nun das Volk, das Vaterland oder der Wirtschaftsstandort. Ihr Leitmotiv darf keineswegs lauten: „Deutschland braucht mehr Kinder!“, sondern muss heißen: „Kinder brauchen optimale Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, für die

24 Vgl. Renate Schmidt/Liz Mohn (Hrsg.), *Familie bringt Gewinn. Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt*, Gütersloh 2004; Renate Schmidt/Liz Mohn, *Deutschland braucht mehr Kinder*. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften wollen eine neue „Allianz für Familie“ schmieden, die allen Gewinn bringt, in: *Frankfurter Rundschau* v. 28.4.2004.

ein so reiches Land wie die Bundesrepublik besser als bisher Sorge zu tragen hat.“ Hinsichtlich der Integration bzw. Inklusion von Kindern aus unterprivilegierten Elternhäusern wirken Bildungs- und Sozialpolitik komplementär. Sie dürfen aber nicht, wie es Jutta Allmendinger und Stephan Leibfried tun, als „Bildungssozialpolitik“ und „nachträglich ausgleichende Sozialpolitik“ bezeichnet und gegeneinander ausgespielt werden.²⁵ Wer mit dem Hinweis auf das schlechte Abschneiden deutscher Schüler/innen bei PISA eine kostspielige Bildungsoffensive fordert, wird unglaubwürdig, wenn er die dafür benötigten Finanzmittel aus dem Sozialetat nehmen und den Wohlfahrtsstaat demontieren will. Gerade wer in den Ruf nach „mehr Generationengerechtigkeit“ einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch die später Geborenen noch einen hoch entwickelten, zukunftsfähigen Wohlfahrtsstaat und das bislang gewohnte Maß an sozialer Sicherheit vorfinden.²⁶

25 Siehe Jutta Allmendinger/Stephan Leibfried, Bildungsarmut im Sozialstaat, in: Günter Burkart/Jürgen Wolf (Hrsg.), Lebenszeiten. Erkundungen zur Soziologie der Generationen, Opladen 2002, S. 291 f.

26 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2004.